

Die NSDAP und die „Freimachungen“ an der westlichen Reichsgrenze 1939/40

Vortrag bei der Abschlusstagung des Projekts

„Evakuierungen im deutsch-französischen Grenzraum 1939-1945

Les évacuations dans l'espace frontalier franco-allemand 1939-45 (EDEFPA)“

Saarbrücken, 17. September 2015

## 1. Einleitung

Die „Freimachungen“ an der westlichen Reichsgrenze 1939/40 bildeten ein Phänomen, das in der Kriegsgeschichte im Grunde genommen seit der Antike bekannt war.<sup>1</sup> Die damit einhergehende Evakuierung von Zivilisten und Material als strategische Maßnahme im Fall einer (präsumtiven) militärischen Auseinandersetzung scheint mithin auf den ersten Blick nichts Besonderes gewesen zu sein. Doch ist bei den „Freimachungen“ 1939/40 eine genuin nationalsozialistische Spezifität zu erkennen. Es handelte sich dabei nämlich um geplante und gelenkte Evakuierungen, an denen nicht nur militärische und zivile Verwaltungsbehörden beteiligt waren.<sup>2</sup> Vielmehr trat jetzt eine Organisation in Erscheinung, die für die innere Entwicklung des „Dritten Reiches“ seit 1933/34 immer bedeutender geworden war: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).<sup>3</sup> Ihre zunehmende Relevanz für das NS-Regime entsprang einem beispiellosen Mitgliederanstieg, der sich nach dem 30. Januar 1933 Bahn gebrochen und vielfältige Ausdifferenzierungsprozesse nach sich gezogen hatte.<sup>4</sup> Dadurch bildete sich in der NSDAP eine Vielzahl von horizontalen und vertikalen Apparaten aus. Am 1. September 1939 bestand sie aus vier Organisationskomplexen:

<sup>1</sup> Generell Johannes Großmann/Fabian Lemmes, Evakuierungen im Zeitalter der Weltkriege. Stand der Forschung, Konzepte und Perspektiven, in: Fabian Lemmes, Johannes Großmann, Nicholas J. Williams, Oliver Forcade u. Rainer Hudemann (Hg.), Evakuierungen im Europa der Weltkriege - Les évacuations dans l'Europe des guerres mondiales - Evacuations in World War Europe, Berlin 2014, S. 11-34.

<sup>2</sup> Grundlegend immer noch die Monografie von Birgit Arnold, Die Freimachung und Räumung der Grenzgebiete in Baden 1939/40, Heidelberg 1996.

<sup>3</sup> Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party, 2 Bde., Pittsburgh 1969-1973; Johnpeter H. Grill, The Nazi Movement in Baden 1920-1945, Ph. D. Thesis, Chapel Hill 1983; Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, Köln 1998, sowie Wolfgang Benz (Hg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009.

<sup>4</sup> Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919-1945, Cambridge, Mass. 1983, sowie Torsten Kupfer, Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921-1945, Berlin 2006.

dem Parteiapparat im engeren Sinn, den Gliederungen sowie den angeschlossenen und betreuten Verbänden.<sup>5</sup> Lediglich fünf Prozent der Funktionäre dieser Organisationen waren Hauptamtliche. Demgegenüber agierten 95 Prozent der Politischen Leiter, Walter, Warte und Gliederungsführer, wie diese Funktionäre hießen, ehrenamtlich.<sup>6</sup>

<b>Partei</b>	= 5.310.000
<b>Gliederungen</b>	
Sturmabteilung (SA)	= 1.329.448
Schutzstaffel (SS)	= 235.526
Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (NSKK)	= 350.000
Hitler-Jugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM)	= 8.700.000
Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF)	= 2.300.000
Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB)	= 39.339
Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund (NSDozB)	= 7.200
<b>Angeschlossene Verbände</b>	
Deutsche Arbeitsfront (DAF)	= 22.127.793
Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund (NSDÄB)	= 30.000
Nationalsozialistischer Rechtswahrbund (NSRB)	= 104.171
Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB)	= 300.000
Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)	= 14.187.834
Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung (NSKOV)	= 1.600.000
Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB)	= 1.700.000
Nationalsozialistischer Bund Deutscher Technik (NSBDT)	= 140.000
<b>Betreute Verbände</b>	
Deutsches Frauenwerk (DFW)	= 6.300.000
NS-Reichsbund für Leibesübungen (NSRL)	= 3.613.000
NS-Fliegerkorps (NSFK)	= 230.000
NS-Altherrenbund (NSAhB)	= 75.000
NS-Reichskolonialbund (RKoIB)	= 1.200.000
NS-Reichskriegerbund (RKRb)	= 2.307.250
NS-Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten (RTrB)	= 130.000

<sup>5</sup> Das Folgende, einschließlich der Übersicht, nach: Armin Nolzen, Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9 (in 2 Teilbde.): Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, hg. v. Jörg Echternkamp, hier: Teilbd. 1, München 2004, S. 99-193, hier: S. 103. Die Zahlen zu NSF/DFW sind korrigiert nach Nicole Kramer, Volksgenossinnen an der Heimatfront: Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011, S. 48 f., die Zahlenangaben zu NSDStB/NSDozB nach Michael Grüttner, Das Dritte Reich 1933-1939, Stuttgart 2014, S. 109.

<sup>6</sup> Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde: Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristismus und in der deutschen SA, Köln/Weimar/Wien 2002; Michael Buddrus, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik; 2 Teile, München 2003; Dorothee Hochstetter, Motorisierung und „Volksgemeinschaft“. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931-1945, München 2005; Kramer, Volksgenossinnen (wie Anm. 5); Bastian Hein, Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945, München 2012, sowie Jürgen Falter, Zur Soziographie des Nationalsozialismus. Studien zu den Wählern und Mitgliedern der NSDAP, Köln 2013.

Die Organisationen, die zu diesem Netzwerk zählten, waren samt und sonders auf irgendeine Art und Weise an den „Freimachungen“ beteiligt. Wahrscheinlich wird jedem der hier Anwesenden, der eine empirische Studie erarbeitet, in den Akten irgendwann auch einmal eine der zur NSDAP gehörenden Organisationen begegnet sein. Es geht mir in den folgenden zwanzig Minuten nicht darum, den Ablauf jener „Freimachungen“ an der westlichen Reichsgrenze im Detail zu schildern. Das ist ja der Kern der empirischen Arbeit des EDEFFA-Projektes. Vielmehr stelle ich mir eine Frage, die in erster Linie für eine allgemeine Verwaltungsgeschichte des „Dritten Reiches“ von Bedeutung ist. Inwieweit gelang es dem NS-Regime, den Bedarf an politischer Koordination zu realisieren, der durch die Einschaltung der NSDAP in die „Freimachungen“ 1939/40 entstanden war? Die Antwort der älteren NS-Forschung, die ja immer Konflikte ins Zentrum ihrer Analysen gerückt hat, wäre klar gewesen: entweder gar nicht oder nur unzureichend. Im Unterschied dazu betont die neuere NS-Forschung, dass sich seit 1935/36 eine arbeitsteilige Kooperation zwischen den staatlichen Verwaltungsbehörden und den Dienststellen der NSDAP herausbildete.<sup>7</sup> Wenn sie diese Kooperation beschreibt, beschränkt sie sich jedoch fast ausschließlich auf die persönlichen Kontakte zwischen hohen Beamten beziehungsweise Funktionären. Damit verschenkt die neuere NS-Forschung ein beträchtliches Analysepotenzial, denn die arbeitsteilige Kooperation erstreckte sich ja auf ganze Verwaltungsbehörden und eben nicht nur auf einzelne Personen. Verwaltungen wiederum lassen sich soziologisch als „Organisationen“ beschreiben, die Entscheidungen für ein spezifisches Publikum produzieren.<sup>8</sup> Verwaltungsgeschichtliche Analysen müssen sich also auf der Referenzebene „Organisation“ bewegen und das Publikum in ihre Betrachtung einbeziehen. Wie dies aussehen könnte, werde ich Ihnen jetzt anhand der „Freimachungen“ der Jahre 1939/40 demonstrieren. Dies geschieht in zwei Schritten.

<sup>7</sup> Wolf Gruner, *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942)*, München 2002; Karola Fings, *Krieg, Gesellschaft und KZ. Himmlers SS-Baubrigaden*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005; Bernhard Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945*, München 2006; Christiane Kuller, *Finanzverwaltung und Judenverfolgung. Die Entziehung jüdischen Vermögens in Bayern während der NS-Zeit*, München 2008; Markus Roth, *Herrenmensen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen - Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*, Göttingen 2009, sowie Markus Fleischhauer, *Der NS-Gau Thüringen 1939-1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte*, Köln/Weimar/Wien 2010. Als Kontrast Dieter Rebenitsch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Stuttgart 1989, mit dem Paradigma „Konflikt“ anstelle von „Kooperation“.

<sup>8</sup> Jedenfalls im Sinne von Niklas Luhmann, *Politische Soziologie*, hg. v. André Kieserling, Berlin 2010, S. 151-249. Dazu die Beiträge im Sammelband von Klaus Dammann, Dieter Grunow u. Klaus P. Japp (Hg.), *Die Verwaltung des politischen Systems. Neuere systemtheoretische Zugriffe auf ein altes Thema*. Mit einem Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen Niklas Luhmanns 1958-1992, Opladen 1994.

## 2. Oberste Reichsbehörden, Reichsverteidigung und „Räumung“ bis zum Sommer 1939

Im ersten Schritt geht es um die Vorbereitung der Reichsverteidigung durch innere Verwaltung, Wehrmacht und NSDAP, die der Reichsverteidigungsausschuss seit 1933/34 koordinierte.<sup>9</sup> Zu diesen Maßnahmen zählte die so genannte Räumung, also die Zurückführung von Personen und Gütern aus den feindbedrohten Reichsteilen, wofür die 6. Abteilung des Generalstabs des Heeres zuständig war.<sup>10</sup> Im Frühjahr 1937 wurde die NSDAP in diese Vorbereitungen auf eine künftige Mobilmachung einbezogen. Als federführende Behörde agierte die Dienststelle des Stellvertreters des Führers (StdF) Rudolf Heß. Diesem sollte in einem Kriegsfall „die politische Willensbildung des Volkes“ obliegen, die er durch die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände sicherzustellen habe.<sup>11</sup> Im zeitgenössischen Sprachgebrauch wurde dies als „Menschenführung“ bezeichnet.<sup>12</sup> Heß baute eine Abteilung M in seinem Stab auf, die sich bei der Vorbereitung der Reichsverteidigung exakt derselben Mittel bediente wie die zivilen und militärischen Behörden. Sie erarbeitete „Arbeitspläne“ für die NSDAP-Verwaltungen, stellte „Mobilmachungskalender“ auf und legte Kennziffern für die im Kriegsfall zu ergreifenden Maßnahmen fest. Die „Räumung“ war ein zentraler Aspekt ihrer Vorbereitungen. Laut dem ersten „Arbeitsplan“ vom 16. Mai 1938 oblagen der Partei und ihren Verbändeämtern die Evakuierung der eigenen Dienststellen und des Personals und die „Betreuung der aus dem Räumungsgebiet zurückgezogenen Bevölkerung“.<sup>13</sup> Die Partei und ihre angeschlossenen Verbände sollten also zum einen ihre eigenen Dienststellen auf die „Räumung“ vorbereiten, zum anderen die evakuierte Bevölkerung in ihren präsumtiven Aufnahmegebieten „betreuen“.

<sup>9</sup> Wilhelm Keitel, Chef der Organisationsabteilung des Truppenamtes, „Niederschrift über die 2. Sitzung des Arbeitsausschusses der Referenten für die Reichsverteidigung“ (22.5.1933), in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg (14. November 1945 - 1. Oktober 1946), 42 Bde., Nürnberg 1947-1949, hier: Bd. XXXVI, S. 220-229 (= Dok. 177-EC), sowie Gerhard Meinck, Der Reichsverteidigungsrat, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 6 (1956), S. 411-422.

<sup>10</sup> RKrMin u. ObdW/W.A./L IVa: Nr. 3500/35 g. Kdos. (1.11.1935), in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg RH 2/989, Bl. 65-73. Zur Spitzengliederung der Wehrmacht siehe Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, 6 Bde., Boppard am Rhein 1969-1995, hier: Bd. 3, S. 137-163.

<sup>11</sup> § 7 des „Reichsverteidigungsgesetzes“ (4.9.1938), in: Prozeß (wie Anm. 9), Bd. XXIX, S. 316-327 (= Dok. 2194-PS), hier: S. 322 (Zitat), sowie Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992.

<sup>12</sup> Dazu Dieter Rebenisch/Karl Teppe (Hg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, Göttingen 1986, S. 7-32.

<sup>13</sup> StdF, Abteilung M: „Arbeitspläne der Reichsleitung der NSDAP. für den Einsatz der Partei und der angeschlossenen Verbände im A-Falle“ (16.5.1938), in: Bundesarchiv (BA) Berlin NS 6/355, Bl. 13-52, hier: Bl. 22. Zur Mobilmachung des Parteiparates siehe Manfred Weißbecker/Gerd Noack, „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“. Mobilmachungspläne der NSDAP für den Krieg (1937 bis 1939), in: Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hg.), Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Köln 1989, S. 67-90, hier: S. 80-84.

Nach dem „Münchener Abkommen“ und der Annexion des Sudetenlandes Anfang Oktober 1938 veränderten die zuständigen Wehrmacht-Dienststellen dann die Konzeption bei der „Räumung“. Anlässlich einer Besprechung, die Anfang November 1938 bei der 6. Abteilung des Generalstabs des Heeres stattfand, rückten sie jetzt die „Freimachung“ des wahrscheinlichen Kampfgebietes an der Westgrenze in den Mittelpunkt ihrer strategischen Planungen.<sup>14</sup> Innerhalb eines Streifens von zehn Kilometern vor und hinter dem „Westwall“ sollte im Falle eines Krieges gegen Frankreich die gesamte Bevölkerung zurückgeführt werden. Ziel dieser „Freimachungen“ war es, der Armee die notwendige operative Bewegungsfreiheit zu sichern und eine Fluchtbewegung, zu der es im Verlauf der „Sudetenkrise“ an der dortigen Grenze gekommen war, bereits im Keim zu ersticken. Dies zeigt sich auch an einer weiteren Ausdehnung der Mobilmachungs-Vorbereitungen und der Bildung eines eigenen Organisationsapparates zur „Freimachung“ im Westen, der in den ersten Monaten des Jahres 1939 aus dem Boden gestampft wurde. Generelle Ziellinie der militärischen Behörden war es, so viele Kompetenzen wie möglich an die zivilen Verwaltungen abzugeben und die „Freimachung“ gleichzeitig auf die eigenen strategischen Bedürfnisse abzustimmen. Deren Vorbereitung vollzog sich auf drei Ebenen: Der Generalstab des Heeres, das Reichsministerium des Innern und die Abteilung M des Stellvertreters des Führers erarbeiteten die grundsätzlichen Richtlinien, die Wehrkreiskommandos, die Regierungspräsidenten und die NSDAP-Gauleitungen koordinierten Transportmittel und die übrige Logistik auf der mittleren Ebene, und die Landräte und Kreisleitungen der NSDAP sorgten für die Umsetzung vor Ort.<sup>15</sup> Die Wehrmachtbehörden waren für alle militärischen Fragen einschließlich des Befehls zur „Freimachung“ zuständig. Den Parteidienststellen oblag es, die Transporte zusammenzustellen, die Bevölkerung zu verpflegen, bis sie in den so genannten Bergungsgebieten angekommen war, und sie die gesamte Dauer der „Freimachung“ zu „betreuen“. Die innere Verwaltung stellte Quartiere und Arbeitsplätze in den „Bergungsgebieten“ bereit.

Wie sich die Vorbereitung der „Freimachungen“ im Einzelnen vollzog, lässt sich den Akten der Kreisleitung (KL) Trier-Land der NSDAP im Gau Koblenz-Trier entnehmen.<sup>16</sup> In Abstimmung mit dem Generalstab des Heeres erarbeitete die Abteilung M der Dienststelle des Stellvertreters des Führers „Freimachungskalender“, die über den Parteidienstweg zuerst an die Gau- und dann

<sup>14</sup> Zum Folgenden ist grundlegend Arnold, Freimachungen (wie Anm. 2), S. 53-59.

<sup>15</sup> StdF, Abteilung M, an die M-Beauftragten der Gauleitungen (14.3.1939), in: BA Berlin NS 6/452, Bl. 1-3. Dazu Hans-Walter Herrmann, Die Freimachung der Roten Zone 1939/1940. Ablauf und Quellenlage, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 32 (1984), S. 64-89, hier: S. 65 ff.

<sup>16</sup> Dazu die Vorgänge in: Landeshauptarchiv (LHA) Koblenz 662,3/279-280. Zu den KL der NSDAP in Koblenz-Trier generell Beate Dorfey, „Goldfasane“ oder Hoheitsträger der Kreise? Die Kreisleiter im Gau Koblenz-Trier, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 29 (2003), S. 297-424.

an die Kreisleiter gingen.<sup>17</sup> Grundsätzlich wurden zwei Zonen unterschieden: eine unmittelbar in Grenznähe gelegene Rote und die weiter östlich befindliche Grüne Zone. In der anschließenden Detailplanung wurde die „Freimachung“ je nach geografischer Lage unterschiedlich vorbereitet. Die Ortsgruppenleiter (OL) stellten auf der Basis ihrer „Haushaltskarteien“ Sammellisten der zu evakuierenden Bevölkerung zusammen, und zwar differenziert nach Alter, „Wehrfähigkeit“ und Familiengröße.<sup>18</sup> Sie teilten die betroffene Bevölkerung in so genannte Marschblocks ein, gaben ihr spezielle Ausweise mit auf den Weg und legten die Treffpunkte fest. In den Kreisen wurden Freimachungsstäbe eingerichtet, denen ein Offizier vorstand. Diesen Institutionen gehörten unter anderem der NSDAP-Kreisleiter, der NSV-Kreisamtsleiter, der Leiter der Kreispolizeibehörde, Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes und andere Funktionäre an. In den Freimachungsstäben wurden die Maßnahmen, die im Fall einer „Räumung“ zu treffen waren, koordiniert. Der zentrale Aspekt, wie er bei der Vorbereitung der Reichsverteidigung im Allgemeinen und der „Räumung“ im Speziellen spätestens seit 1937 zum Ausdruck kam, lag in der Angleichung der Mittel: Innere Verwaltung, Wehrmacht und NSDAP stellten „Arbeitspläne“ und „Mobilmachungskalender“ auf und stimmten diese untereinander ab. Dies geschah zum einen durch den Aufbau einer bi- und multilateralen Kontaktstruktur, zum anderen durch neue Koordinationsgremien.

### 3. NSDAP, innere Verwaltung und die „Freimachungen“ seit Kriegsbeginn

Im zweiten Schritt geht es mir um die Durchführung der „Freimachungen“ seit dem September 1939 und die verwaltungstechnische Behandlung der in diesem Zusammenhang entstandenen Probleme. Als der „Führer“ und Reichskanzler Adolf Hitler am 2. September 1939 den Befehl zur „Freimachung“ ausgab, wurde die Rote Zone im nördlichen Bereich des Wehrkreises XII, im Bereich des V. Armee Korps im Raum Aachen, im südlichen Bereich des Wehrkreises XII und einen Tag später dann im kompletten Wehrkreis V evakuiert. Nachdem die „Freimachungen“ begonnen und die ersten Transporte die vorgesehenen Bergungsgaue erreicht hatten, entstand unter vielen Evakuierten Unruhe.<sup>19</sup> So beschwerte sich eine sechsfache Mutter in einem Brief an ihren Mann darüber, bis zur Ankunft im Aufnahmegebiet mehr als 22 Stunden im Zug verbracht

<sup>17</sup> Zum Folgenden den Freimachungskalender der Ortsgruppe Kiechlingsbergen, in: Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegssachgeschädigte. Währungsgeschädigte. Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung, hg. v. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 6 Bde. + 2 Beihefte, Bonn 1958-1964, hier: Bd. III, S. 628-633; Arnold, Freimachungen (wie Anm. 2), S. 69-75, sowie Herrmann, Freimachung (wie Anm. 15), S. 64-89, hier: S. 67-71.

<sup>18</sup> Zur Rolle der OL Carl-Wilhelm Reibel, Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 271-382.

zu haben, anschließend mit den Kindern in einem verfallenen Bauernhof untergebracht worden sowie eine Woche ohne Verpflegung geblieben zu sein.<sup>20</sup> Oftmals wurden Familienangehörige auseinandergerissen, durften Evakuierte nicht zu Verwandten in der Nähe ihrer Unterbringung gehen oder hatten den Eintopf, der als Marschverpflegung serviert wurde, einfach satt.<sup>21</sup> Hinzu kam, dass viele Evakuierte ihre Winterbekleidung zurückgelassen hatten, weil sie sich in dem Irrglauben wogen, nur wenige Tage getrennt von Haus und Hof verbringen zu müssen. Zudem herrschten in den „Bergungsgebieten“ Engpässe an Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern. In einem Bericht des Sicherheitsdienstes (SD) der SS vom Oktober 1939 wurden diese Probleme angesprochen und die „Einsetzung einer verantwortlichen Persönlichkeit mit der entsprechenden Totalvollmacht“ gefordert, um sie lösen zu können.<sup>22</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren aus dem Gau Baden 118.433, aus dem Gau Koblenz-Trier 27.112 aus dem Gau Saarpfalz 401.781 und aus der Stadt Wilhelmshaven 10.000 Personen planmäßig evakuiert worden. Hinzu kamen etwa 35.000 Personen, deren Verbleib unbekannt war.

Wie gestaltete sich die soziale Lage dieser mehr als 900.000 Evakuierten im Herbst und Winter 1939/40? Ein SD-Bericht vom November 1939 beschreibt die Situation durchaus realistisch und unterbreitete zugleich Änderungsvorschläge.<sup>23</sup> Neben „die allgemein bestehenden Erschwernisse der Lebensführung“, die gar nicht mehr gesondert erwähnt wurden, sei jetzt zu allem Überfluss auch noch eine „Unfreundlichkeit [...] der quartiergebenden Bevölkerung“ getreten, die durch das „anmaßende, anspruchsvolle und auch wenig rücksichtsvolle Verhalten der rückgeführten Bevölkerung“ angeheizt werde. Auch die „Betreuung“ der „Rückgeführten“ sei schwierig, weil diese vielfach eigenmächtig den ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz wechselten oder aber gar nicht zur Arbeit etwa bei der Hackfruchternte antraten. In vielen Gebieten herrschte offene Feindschaft zwischen den Einheimischen und den Evakuierten, die bisweilen verächtlich als „Saarfranzosen,

<sup>19</sup> Zur Durchführung der „Freimachung“ im Gau Baden Arnold, Freimachung (wie Anm. 2), S. 89-98.

<sup>20</sup> Dieses Schreiben vom 6.9.1939, das dem zuständigen OL der NSDAP zur Kenntnis gebracht wurde, findet sich in: LHA Koblenz 662,3/159, Bl. 175-177. Zur Lage der umquartierten Frauen ausführlich Kramer, Volksgenossinnen (wie Anm. 5), S. 270-305.

<sup>21</sup> Bericht für August bis Oktober 1939, in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, hg. v. Klaus Behnken, 7 Bde., 3. Aufl., Frankfurt am Main 1980, hier: Bd. VI (1939), S. 963-1020, bes.: S. 972 f.

<sup>22</sup> SD: „Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 2) 11. Oktober 1939“, in: Heinz Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, 17 Bde., Herrsching 1984, hier: Bd. 2, S. 339-347, bes.: S. 343 ff. Zum Quellenwert der Lageberichte des NS-Regimes allgemein David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995, S. 7-23.

<sup>23</sup> SD: „Bericht zur innenpolitischen Lage (Nr. 13) 8. November 1939“, in: Boberach, Meldungen (wie Anm. 22), Bd. 2, S. 430-441, bes.: S. 438-441. Grundlegend jetzt Markus Strehle, Der NS-Gau Thüringen als Evakuierungs- und Verlagerungsgau, in: Lemmes/Großmann/Williams/Forcade/Hudemann, Evakuierungen (wie Anm. 1), S. 95-108.

Stockfranzosen oder Zigeunervolk“ tituliert wurden. Als Gegenstrategie gegen den grassierenden Unmut empfahl der SD-Bericht eine eingehende „politische Betreuung“ der Evakuierten und der Quartiergeber durch die NSDAP, detaillierte Verhaltensregeln und Strafen bei Zuwiderhandlung sowie eine intensivere Sozialkontrolle in den „Bergungsgebieten“. Die Missstände sollten durch eine Mischung aus „Betreuung“ und Repression bekämpft werden.

Das Reichsministerium des Innern, die Dienststelle des Stellvertreters des Führers und das neu gegründete Reichssicherheitshauptamt (RSHA) verstärkten jetzt die Kontrolle der Evakuierten in den „Bergungsgebieten“. Das Reichsministerium des Innern entwarf etwa ein „Merkblatt für die Volksgenossen aus dem Freimachungsgebiet“, das deren Verhaltensweisen detailliert zu regeln versuchte, und sorgte dafür, dass die Sozialleistungen für die Evakuierten, in deren Mittelpunkt der „Räumungsfamilienunterhalt“ stand, durch die Bürgermeister zur Auszahlung kamen.<sup>24</sup> Das Kostgeld, das man Familien versprochen hatte, die einen oder mehrere Evakuierte aufgenommen hatten, scheint jedoch nicht so reichhaltig geflossen zu sein wie eigentlich geplant. Aus einigen Gegenden Mitteldeutschlands um Magdeburg, Jena und Gera wurde folgende Verfahrensweise der Kommunen gemeldet: Wenn sich Antragsteller auf Kostgeld bei den Ratsherren einfanden, wurde ihnen „ein längerer Vortrag über Volksgemeinschaft gehalten, der in den meisten Fällen den Erfolg hat, dass die Leute sich entschließen, doch ‚freiwillig‘ auf die Erstattung der Unkosten für die Ernährung der Evakuierten zu verzichten“.<sup>25</sup> Die Polizeibehörden griffen gegen diejenigen Personen, die die Stimmung ihrer Meinung nach negativ beeinträchtigten, durch und verhafteten beispielsweise einen katholischen Pfarrer, der unter den Evakuierten das Gerücht verbreitet hatte, die Franzosen hätten ihre Heimatsorte besetzt.<sup>26</sup> Die NSDAP, insbesondere die NSV, setzte alles drauf und dran, den Evakuierten sowohl an ihren Arbeitsplätzen also auch in ihren Unterkünften zu „betreuen“ und ihnen Güter des täglichen Gebrauchs zur Verfügung zu stellen.<sup>27</sup> Die „wilde Rückwanderung“ konnte durch solche Maßnahmen jedoch nicht verhindert werden.<sup>28</sup>

<sup>24</sup> Überliefert in: BA Berlin R 3901/297. Zum „Räumungsfamilienunterhalt“ und anderen finanziellen Ersatzleistungen ausführlich Arnold, Freimachung (wie Anm. 2), S. 117-139.

<sup>25</sup> Bericht für Januar 1940, in: Deutschland-Berichte (wie Anm. 21), hier: Bd. VII, S. 7-90, bes.: S. 36.

<sup>26</sup> SD: „Meldungen aus dem Reich (Nr. 34) 29. Dezember 1939“, in: Boberach, Meldungen (wie Anm. 22), Bd. 3, S. 609-616, hier: S. 610.

<sup>27</sup> Dazu die Vorgänge in: Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster, Gauamt für Volkswohlfahrt der NSDAP im Gau Westfalen-Nord/644-646. Zur Rolle der NSV allgemein Katja Klee, Im „Luftschutzkeller des Reiches“. Evakuierte in Bayern 1939-1953. Politik, soziale Lage, Erfahrungen, München 1999.

<sup>28</sup> Dazu den Lagebericht des Präsidenten des Oberlandesgerichts in Zweibrücken (8.1.1940), in: Klaus Oldenhege, Die Pfalz und das Saarland während des Krieges (1940-1945). Aus den Lageberichten des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Generalstaatsanwalts in Zweibrücken, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 5 (1979), S. 303-356, hier: S. 311 ff., bes.: S. 313.



Im Winter 1939/40 waren von jenen 900.000 Personen, die bei den „Freimachungen“ evakuiert worden waren (die Zahl ist aufgrund der „wilden Rückwanderungen“ außerordentlich schwer zu schätzen), höchstens 300.000 wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Für die übrigen mehr als eine halbe Million Evakuierten organisierte der Stellvertreter des Führers Anfang Januar 1940 eine neue Form der „politischen Betreuung“. Demzufolge sollten die „Freimachungsgaue“ nunmehr Politische Leiter abstellen, um „eine zusätzliche Betreuung der rückgeführten Bevölkerung in den Bergungsgebieten“ zu gewährleisten.<sup>29</sup> Trotz der sozialen Kontrolle in den „Bergungsgebieten“, welche die Partei organisierte, besaßen die Evakuierten ein gewisses Maß an Freizügigkeit, das heißt, sie konnten ihre Lebensführung im Rahmen der Gegebenheiten unabhängig gestalten. Drei Tage nach dem Waffenstillstand von Compiègne am 22. Juni 1940 verkündete Hitler, dass „die Stunde der Rückkehr in die heimatlichen Städte und Dörfer gekommen“ sei.<sup>30</sup> Der Rücktransport, der alle seit dem September 1939 Evakuierten betraf, ging auf dieselbe Weise vonstatten wie die „Freimachungen“ 1939/40. Diese „Wiederbesiedelung“ der Roten Zone, so die zeitgenössische Bezeichnung für diese Aktion, lag also zu gleichen Teilen in den Händen von innerer Verwaltung und Partei. Dabei schalteten sich die Parteidienststellen in die Schadensfeststellung ein, wobei die Behörden der inneren Verwaltung angewiesen waren, deren Ermittlungen ohne Überprüfung als Mindestschaden anzuerkennen.<sup>31</sup> Im Dezember 1940 sorgte die Dienststelle des Stellvertreters des Führers dann noch dafür, die Kosten für die Gemeinschaftsverpflegung der Heimkehrer, die durch die NSV bereitgestellt wurde, auf den Reichshaushalt zu übernehmen.<sup>32</sup>

Sie alle kennen die Probleme, die bei den „Freimachungen“ entstanden und die in vielen Akten ihren Niederschlag gefunden haben. Gemeinhin werden sie unter dem Rubrum der Unfähigkeit der Dienststellen von innerer Verwaltung und NSDAP subsummiert, wobei die Forschung in der Regel die zeitgenössischen wechselseitigen Schuldzuweisungen der NS-Funktionäre übernimmt. Für die Ausgangsfrage nach der politischen Koordination sind diese Konflikte als solche jedoch zweitrangig; vielmehr interessieren die Problemlösungsstrategien der beteiligten Verwaltungen. Dabei ist auffällig, dass es zu einer veritablen Stabilisierung der multilateralen Kommunikations-

<sup>29</sup> Heß: Anordnung (A) 2/40 (5.1.1940), in: BA Berlin NS 6/331, Bl. 9.

<sup>30</sup> Die folgenden Zitate aus dem Aufruf Hitlers (25.6.1940), in: Martin Moll (Bearb.), „Führer-Erlasse“ 1939-1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997, S. 129 (= Dok. 41).

<sup>31</sup> Schnellbrief des Reichsministeriums des Innern (8.7.1940), in: BA Berlin R 14/83, sowie Heß: A 76/40 (24.7.1940), in: BA Berlin NS 6/820, Bl. 137-139.

<sup>32</sup> Siehe die entsprechenden Vorgänge in: BA Berlin R 2/11827. Diese Vereinbarung löste eine ältere Regelung vom Juli 1940 ab; siehe Herwart Vorländer, Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988, S. 391 f. (= Dok. 189).

und Kontaktstruktur zwischen den beteiligten Behörden kam. Die Parteidienststellen wurden mit Beschwerden von Evakuierten überflutet und leiteten sie an ihre vorgesetzten Behörden weiter. Die Abteilung M der Dienststelle des Stellvertreters des Führers sammelte diese Beschwerden und trat mit den Reichsministerien und den militärischen Kommandobehörden in Kontakt, um auf dem Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Auf diese Art und Weise bildeten sich ineinandergreifende Verhaltensweisen verschiedener Organisationen heraus. Der Angleichung der Mittel folgte jetzt die Angleichung der Ziele. Diese bestand primär darin, die etablierten Verwaltungsstrukturen zu stabilisieren und die entstandenen Verwaltungsprobleme zu lösen.

#### 4. Schlussbetrachtung: Wechselseitige Äquivalenzstruktur

Die Einschaltung der NSDAP in Angelegenheiten der Reichsverteidigung führte bis 1938/39 zu einer Angleichung an die Mittel der anderen zivilen und militärischen Behörden. Auf der Seite der Planung sind das „Mobilmachungsbuch für die Zivilverwaltungen“, die „Arbeitspläne“ der NSDAP, die „Mobilmachungskalender“ und die Kennziffern zur Auslösung der zu ergreifenden Maßnahmen zu nennen. Auf der Seite der Durchführung sind Karteien, Listen, Bereitstellung von Transportmitteln, Sozialkontrolle und vieles mehr zu nennen. Als schließlich im September 1939 die „Freimachungen“ begannen, zeigte sich jener zweite Aspekt, den ich als „ineinandergreifende Verhaltensweisen von Organisationen“ bezeichnet habe. Wie lassen sich diese beiden Prozesse auf einen Nenner bringen? Meines Erachtens verweisen die Vorbereitung und Durchführung der „Freimachungen“ der Jahre 1939/40 auf eine Tätigkeit, über die in der NS-Forschung viel geredet wird, die aber kaum erforscht ist: die Tätigkeit des Organisierens. Organisieren ist, um an dieser Stelle ein Konzept des amerikanischen Organisationspsychologen Karl E. Weick aufzunehmen, ein Prozess, in dessen Verlauf ineinandergreifende Verhaltensweisen koordiniert werden.<sup>33</sup> Dabei kommt es zu doppelten Interakten. Eine Person B reagiert auf eine Handlung einer Person A, und diese reagiert wieder auf B's Reaktion. Bei den „Freimachungen“ von 1939/40 fanden doppelte Interakte zum einen zwischen Funktionären statt, die von ihren Organisationen zuvor zu solchen Außenkontakten ermächtigt worden waren. Der Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Seibel nennt diese Personen auch „Schnittstellenmanager“.<sup>34</sup> Ketten doppelter Interakte ergaben sich

<sup>33</sup> Karl Weick, *Der Prozeß des Organisierens*, Frankfurt am Main 1995, S. 9-41, hier: S. 12 f. Dazu Emil Walter-Busch, *Organisationstheorien von Weber bis Weick*, Amsterdam 1996, S. 243-253.

<sup>34</sup> Wolfgang Seibel, *Polykratische Integration. Nationalsozialistische Spitzenbeamte als Netzwerker in der deutschen Besatzungsverwaltung in Belgien 1940-1944*, in: ders./Sven Reichardt (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 241-273, hier: S. 243 f.

zum anderen aber auch in jeder einzelnen Organisation von innerer Verwaltung, Wehrmacht und NSDAP selbst, weil die Reichsverteidigung eine Querschnittsaufgabe war, die nicht nur durch ein einzelnes Referat bearbeitet wurde. Es greift also zu kurz, die „Freimachungen“ von 1939/40 nur als Angelegenheit der Koordination zwischen einzelnen Schnittstellenmanagern aufzufassen. Denn diese bezogen wiederum ihre gesamte Organisation in ihre jeweiligen Aktivitäten ein.

Nun werden Sie vielleicht fragen, wozu so viel terminologischer Aufwand für einen Sachverhalt wie die „Freimachungen“? Reicht es nicht aus, die damit zusammenhängenden Ereignisse und Entwicklungen zu beschreiben? Ich meine, dass die „Freimachungen“ der Jahre 1939/40 ein entscheidendes Scharnier bildeten, um die innere Entwicklung des NS-Regimes während des Zweiten Weltkrieges zu verstehen. Das gilt insbesondere für dessen erklärungsbedürftige innere Stabilität, die von der neueren NS-Forschung immer staunend betont wird, zumal unter jenen Herausforderungen, die sich mit dem alliierten Bombenkrieg seit 1942/43 an der „Heimatfront“ ergaben. Die Fähigkeit des NS-Regimes, zu organisieren, war hierbei zentral. Genauer gesagt: die Fähigkeit zum schnellen Organisieren und Koordinieren als Reaktion auf Krisen. Dabei kam dem NS-Regime zugute, dass sich bei Vorbereitung und Durchführung der „Freimachungen“ 1939/40 eine wechselseitige Äquivalenzstruktur entwickelte, um noch einen weiteren Begriff aus Weicks Organisationspsychologie einzuführen.<sup>35</sup> Eine wechselseitige Äquivalenzstruktur kann aufgebaut und aufrechterhalten werden, ohne dass die Beteiligten die Motive der anderen kennen, ohne dass sie gemeinsame Ziele haben und ohne dass sie die gesamte Struktur überblicken. Entscheidend ist nur das Wissen darüber, dass das Verhalten einzelner Personen oder Organisationen vorhersehbar ist und die eigenen Aktivitäten in vorhersehbarer Art mit Verhaltensweisen anderer verbunden werden können. Mit anderen Worten: in der NS-Verwaltungspolitik spielte sich zu Kriegsbeginn eine Struktur ein, bei der erstens die Chance, einen Verwaltungsakt durchzuführen, davon abhing, dass eine andere Dienststelle handelte. Zweitens nahm die beteiligte Behörde die wechselseitige Angewiesenheit auf andere auch explizit wahr. Drittens geschah dies wiederholt, so dass sich regelrechte Ketten verzahnter Verwaltungshandlungen bildeten. Weil eine Gemeinsamkeit der Ziele und Mittel dabei nicht notwendig ist, können sich komplexe Strukturen ausbilden, die von den Beteiligten nicht zu überblicken sind. Dies gilt übrigens auch für die Historiker, die sich im Nachhinein mit der NS-Verwaltungspolitik beschäftigen. Für sie ist es viel einfacher, einzelne Verwaltungsakte einzelnen Personen und ihren Intentionen zuzurechnen. Dass die vergangenen Realitäten weit komplexer waren, stört sie gemeinhin nicht. Um ihre eigenen Illusionen endlich ad acta zu legen, sollten sie in Zukunft auf organisationssoziologische Modelle zurückgreifen.

<sup>35</sup> Zum Folgenden Weick (wie Anm. 33), S. 143-151.